Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7056**

17. Wahlperiode 21. 09. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6150 –

Den Staat Palästina anerkennen

A. Problem

Die gegen die Diktaturen gerichteten Demokratiebewegungen in vielen arabischen Staaten sind von historischer Bedeutung. Ein Erfolg der Demokratie auf Dauer wird aber nur dann möglich sein, wenn sich Frieden und soziale Gerechtigkeit entfalten.

Die Umbrüche in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens können durch internationale Solidarität den Prozess zur Lösung des Nahostkonflikts befördern. Noch wird der Bevölkerung in Palästina das Recht auf nationale Unabhängigkeit verweigert.

Europa und Deutschland können durch eine Politik, die Solidarität zum Maßstab hat, die sozialen und politischen Veränderungen unterstützen und befördern. Wie die Regierungen anderer EU-Mitgliedsländer hat auch die Bundesregierung keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass der Frieden zwischen beiden Völkern die Zwei-Staaten-Lösung voraussetzt. Über 100 Staaten haben sich inzwischen für die Anerkennung eines palästinensischen Staates eingesetzt. Diesem Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung müssen nun politische Entscheidungen folgen. In den kommenden Monaten muss die Nahostpolitik der Bundesregierung ernsthaft daran mitwirken, dem Prozess bilateraler Verhandlungen zwischen der PLO (Palestine Liberation Organization) und Israel neue Dynamik zu verleihen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/6150 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Joachim Hörster
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Günter Gloser, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6150** in seiner 118. Sitzung am 1. Juli 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die gegen die Diktaturen gerichteten Demokratiebewegungen in vielen arabischen Staaten sind von historischer Bedeutung. Ein Erfolg der Demokratie auf Dauer wird aber nur dann möglich sein, wenn sich Frieden und soziale Gerechtigkeit entfalten.

Die Umbrüche in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens können durch internationale Solidarität den Prozess zur Lösung des Nahostkonflikts befördern. Noch wird der Bevölkerung in Palästina das Recht auf nationale Unabhängigkeit verweigert.

Europa und Deutschland können durch eine Politik, die Solidarität zum Maßstab hat, die sozialen und politischen Veränderungen unterstützen und befördern. Wie die Regierungen anderer EU-Mitgliedsländer hat auch die Bundesregierung keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass der Frieden zwischen beiden Völkern die Zwei-Staaten-Lösung voraussetzt. Über 100 Staaten haben sich inzwischen für die Anerkennung eines palästinensischen Staates eingesetzt. Diesem Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung müssen nun politische Entscheidungen folgen. In den kommenden Monaten muss die Nahostpolitik der Bundesregierung ernsthaft daran mitwirken, dem Prozess bilateraler Verhandlungen zwischen der PLO (Palestine Liberation Organization) und Israel neue Dynamik zu verleihen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/6150 in seiner 44. Sitzung am 6. Juli 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6150 in seiner 44. Sitzung am 21. September 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 21. September 2011

Joachim Hörster Berichterstatter	**Günter Gloser** Berichterstatter	**Dr. Rainer Stinner** Berichterstatter
Wolfgang Gehrcke Berichterstatter	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333